

Kleinräumiges Monitoring für kommunale Prävention

am Beispiel des kanadischen Projektes HELP
(Human Early Learning Partnership)

Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung
„Kein Kind zurücklassen!“

Dokumentation



1

Im Jahr 2011 haben die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit 18 Modellkommunen haben sie es sich zum Ziel gemacht, die Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern. Das Modellvorhaben wird fachlich und fiskalisch wissenschaftlich begleitet. Das Ziel: Untersuchen, wie kommunale Präventionsketten wirken. Es wird nach Möglichkeiten der Optimierung gesucht und geprüft, inwiefern sich durch den Ausbau von Präventionsketten soziale Folgekosten verringern lassen. Die Bertelsmann Stiftung verantwortet die Begleitforschung gemeinsam mit ihren wissenschaftlichen Partnern. Größter Partner ist das Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) an der Ruhr-Universität Bochum. In der vorliegenden gemeinsamen Schriftenreihe des ZEFIR und der Bertelsmann Stiftung werden in unregelmäßigen Abständen Einblicke und Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitforschung veröffentlicht.

In 2011, the State Government of North Rhine-Westphalia and the Bertelsmann Stiftung launched the initiative “Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor” (“Leave No Child Behind! Municipalities in North Rhine-Westphalia providing equal opportunities for all children”). Together with the 18 municipalities taking part in the joint initiative, the project aims to improve development prospects and provide equal opportunities for every child. The municipalities are creating local prevention chains, i. e. the systematic and ongoing collaboration between stakeholders in administration, agencies, associations, civil society and business. The intention is to improve the effectiveness and efficiency of local support and intervention practices. The project is being evaluated by the Bertelsmann Stiftung and selected partners from academia to measure the positive effects for children and the cost effectiveness of the initiative. One of the principal academic partners is the Centre for Interdisciplinary Regional Studies (ZEFIR) at the Ruhr-University Bochum. The Bertelsmann Stiftung and ZEFIR publish this scientific series with first results and insights into their analyses.

Kleinräumiges Monitoring für kommunale Prävention

am Beispiel des kanadischen Projektes HELP
(Human Early Learning Partnership)

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über
<http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Kleinräumiges Monitoring für kommunale Prävention

am Beispiel des kanadischen Projektes HELP (Human Early Learning Partnership)

Zusammenfassende Dokumentation des Workshops am 9. April 2014,
Katholische Akademie DIE WOLFSBURG in Mülheim an der Ruhr
mit Prof. Dr. Martin Guhn (University of British Columbia/UBC)

Schriftenreihe Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“
Erscheinungsort: Gütersloh
Band 1 (August 2014)

Die Schriftenreihe wird herausgegeben von:

© Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon: 05241 81-81 285
www.bertelsmann-stiftung.de
Dr. Kirsten Witte, Programm LebensWerte Kommune
Karl Janssen, Projekt „Kein Kind zurücklassen!“

© Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR)
Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum
LOTA 38, 44780 Bochum
Telefon: 0234 32-24 675
www.ruhr-uni-bochum.de/zeфир
Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier
Prof. Dr. Jörg Bogumil

Redaktion:
Dr. Regina von Görtz, Project Manager „Kein Kind zurücklassen!“, Bertelsmann Stiftung
Dr. David H. Gehne, Forschungs koordin ator, ZEFIR Bochum

Text und Fotos:
Ingrid Kozanák M.A., Wuppertal

Titelbild: © Bertelsmann Stiftung

Gestaltung:
Nadine Südbrock, Corporate Communications/Grafik, Bertelsmann Stiftung
Lena Dreblow, Programm LebensWerte Kommune, Bertelsmann Stiftung

Lektorat: Rudolf Jan Gajdacz, team 4media&event, München
Druck: Heiden Druck & Medien GmbH, Gütersloh

ISSN-Print: 2199-6393
ISSN-Internet: 2199-6407

Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds.

Inhalt

1	Sozialraummanagement – ein Schwerpunktthema im Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen!“	7
2	Kleinräumiges Monitoring für kommunale Prävention: Das Projekt HELP in Kanada	10
2.1	Information und Aktivierung der lokalen Öffentlichkeit	11
2.2	MDI fragt nach: „Wie geht es den Kindern?“	13
2.3	„Keiner kann sich mehr der Verantwortung entziehen“	15
2.4	Alternative: Mutterboden oder Wüste?	16
2.5	Kindern eine Stimme verleihen	18
3	Von Kanada lernen: KECK und KOMPIK – eine Adaption für Deutschland	19
3.1	Herne, Jena, Heilbronn, Rosenheim und Ostwestfalen-Lippe	22
3.2	KECK fragt nach: „Wie geht es den Kindern dort, wo sie wohnen?“	23
3.3	„Transparenz ist kein Selbstzweck“	24
4	Schuleingangsuntersuchung als Quelle für ein kleinräumiges Monitoring?	25
4.1	Über die Problematik „kleiner Fallzahlen“	32
4.2	Einzugsgebiete von Kitas und Grundschulen	34
4.3	Eine Profilierung zur Steuerung finanzieller Ressourcen	35
5	„Durchschnitt ist nirgends“	36
6	Ausblick Nachgefragt: Überzeugungsarbeit in den Kommunen – Datenflut und Datenschutz – Was nicht gefragt werden durfte	39

Abbildungen

Abbildung 1: Graphische Darstellung der Anzahl der eingereichten EDI-Fragebögen in British Columbia	12
Abbildung 2: Kartographische Darstellung des unterschiedlichen Entwicklungsstandes von Kindern nach Stadtteilen in Coquitlam	13
Abbildung 3: Kontextfaktoren der kindlichen Entwicklung	17
Abbildung 4: Elf Entwicklungs- bzw. Bildungsbereiche von KOMPIK	20
Abbildung 5: Einsatzmöglichkeiten von KOMPIK auf unterschiedlichen Ebenen	21
Abbildung 6: Anteil der Kinder unter 15 Jahren in alleinerziehenden Haushalten an allen unter 15-Jährigen in Herne im Jahr 2012	22
Abbildung 7: KECK und KOMPIK als Grundlage einer evidenzgestützten Steuerung	24
Abbildung 8: Sozialgeldquote unter 6-Jährige in Mülheim an der Ruhr nach statistischen Bezirken	27
Abbildung 9: Elterliche Bildungsjahre unter 6-Jährige in Mülheim an der Ruhr nach statistischen Bezirken	28
Abbildung 10: Kinder 2009/10 mit Mängeln in der deutschen Sprache in Mülheim an der Ruhr nach statistischen Bezirken	30
Abbildung 11: Kinder 2012/13 mit Mängeln in der deutschen Sprache in Mülheim an der Ruhr nach statistischen Bezirken	31
Abbildung 12: Sozialgeldbeziehende Kinder unter 6 Jahren in den Statichen Bezirken und Kitas in Mülheim an der Ruhr	33

1 Sozialraummanagement – ein Schwerpunktthema im Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen!“

Die Auftaktveranstaltung in Anwesenheit von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und Dr. Brigitte Mohn von der Bertelsmann Stiftung im Theater „Colosseum“ in Essen am 9. November 2011 war der offizielle Start, das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz) im Land Nordrhein-Westfalen (NRW) einem großen Publikum bekannt zu machen. Essen machte damit den Anfang einer Reihe verbindlich vorgesehener Veranstaltungen mit dem Ziel, den Erfahrungsaustausch unter den achtzehn teilnehmenden Modellkommunen auf breiter Ebene zu fördern. Träger dieses Vorhabens sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung.

Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen in NRW ein gelingendes Aufwachsen zu ermöglichen. Die an diesem Modellprojekt beteiligten Kommunen erarbeiten basierend auf ihrer spezifischen Ausgangssituation vor Ort ihre eigenen Ziele und Themenstellungen, die sie für das Vorhaben identifiziert haben. Gemäß dem Grundsatz „Vorbeugen ist besser als Heilen“ werden dabei gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren neue Wege entwickelt und ausprobiert, um benachteiligte Kinder frühzeitig zu unterstützen, die ansonsten keine Chance zur Entwicklung ihres Potenzials hätten.

Für die Umsetzung von „Kein Kind zurücklassen!“ standen zu Beginn vier zentrale Themenfelder im Mittelpunkt. Eines davon ist das „Sozialraummanagement“. Hier ist die Etablierung eines kleinräumigen Sozial- und Bildungs-Monitorings als Basis einer darauf aufbauenden strategischen Stadt(teil-)entwicklung ein wesentlicher Themenschwerpunkt. In einem solchen Monitoring werden für jeden Stadtteil möglichst steuerungsrelevante Daten zusammengetragen. Warum? Weil wenn man etwas verändern möchte, dann sollte man wissen, was und wo.

Am 9. April 2014 wurde im Rahmen des Workshops „Kleinräumiges Monitoring für kommunale Prävention“ exemplarisch das kanadische Projekt HELP (Human Early Learning Partnership) vorgestellt und diskutiert. Rund 50 Akteure freier und öffentlicher Träger sowie Vertreter aus der Bertelsmann Stiftung, der Düsseldorfer Staatskanzlei und aus dem nordrhein-westfälischen Familienministerium (MFKJKS)

kamen in der Katholischen Akademie DIE WOLFSBURG in Mülheim an der Ruhr zusammen. Ziel dieser Veranstaltung war es, zu eruieren, ob das kanadische Projekt HELP als Vorbild für deutsche Verhältnisse dienen könnte. Um dies herauszufinden, diskutierten die Teilnehmer unter anderem über Verfügbarkeit, Qualität und Erhebung von relevanten Daten für die Etablierung eines kleinräumigen Sozial- und Bildungs-Monitorings. Als Experten nahmen an diesem Workshop teil:

Prof. Dr. Martin Guhn (Assistant Professor at the **Human Early Learning Partnership**, School of Population & Public Health, **University of British Columbia**, and the National Research Lead of the Forum on Early Child Development Monitoring) berichtete über das kanadische Projekt HELP und gab damit die Ideallinie eines erfolgreichen, langfristig praktizierten kleinräumigen Sozialraum- und Bildungs-Monitorings (EDI und MDI) vor. EDI steht für „Early Years Development Instrument“ und ist ein Erhebungsinstrument zur Beobachtung der frühkindlichen Entwicklung bis zum Ende des fünften Lebensjahres. MDI ist die Kurzform für „Middle Years Development Instrument“ und ist ein Schülerfragebogen, der benutzt wird, um Berichte auf Schul- und Kommunalebene über das Wohlbefinden und soziale Kontextfaktoren aus der Perspektive von 10- bis 18-jährigen Kindern und Jugendlichen zu erstellen.



benutzt wird, um Berichte auf Schul- und Kommunalebene über das Wohlbefinden und soziale Kontextfaktoren aus der Perspektive von 10- bis 18-jährigen Kindern und Jugendlichen zu erstellen.



Anette Stein (Bertelsmann Stiftung, Director Programm Wirksame Bildungsinvestitionen) stellte das von der Bertelsmann Stiftung entwickelte Sozialraum-Monitoring „KECK“ („Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder“) und das Bildungs-Monitoring KOMPIK „Kompetenzen und Interessen von Kindern“ als Pendant zu den kanadischen Varianten unter der Überschrift „von Kanada lernen“ vor.



Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier und **Thomas Groos** vom Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum (ZEFIR/RUB) berichteten aus der Statistik-Praxis über Datenqualität und deren Verfügbarkeit am konkreten Beispiel von Schuleingangsuntersuchungen der Stadt Mülheim an der Ruhr. Peter Strohmeier leitet das wissenschaftliche Forschungsteam zur fachlichen Begleitforschung des Modellvor-

habens „Kein Kind zurücklassen!“.

Thomas Groos ist im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung des Modell-



vorhabens „Kein Kind zurücklassen!“ für die Wirkungsanalyse mit Mikrodaten verantwortlich. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte beinhalten die Wirkungsanalyse mit kommunalen Routedaten, Nachbarschafts- und Kita-Effekte auf kindliche Entwicklung sowie Fragen der Schul- und Kita-Segregation. In seiner Promotion beschäftigt sich Groos mit Kontexteffekten räumlicher Strukturen auf Dimensionen der Gesundheit.

Die Moderation des Workshops übernahm **Dr. Kirsten Witte** (Bertelsmann Stiftung,



Director Programm LebensWerte Kommune). Kirsten Witte ist Mitglied der Steuerungsgruppe des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“. Die Steuerungsgruppe trifft die strategischen Entscheidungen im Landesmodellvorhaben. Ihr gehören neben der Bertelsmann Stiftung die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen sowie das nordrheinwestfälische Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS) an.

2 Kleinräumiges Monitoring für kommunale Prävention: Das Projekt HELP in Kanada

„Human Early Learning Partnership“ – kurz HELP – bezeichnet in der Provinz British Columbia in Kanada ein Projekt für kommunale Präventionsmaßnahmen, die über ein kleinräumiges Monitoring gesteuert werden. Die Daten werden im Wesentlichen über die beiden Instrumente EDI („Early Years Development Instrument“) und MDI („Middle Years Development Instrument“) ermittelt. EDI ist ein Erhebungsinstrument zur Beobachtung der frühkindlichen Entwicklung bis zum Ende des fünften Lebensjahres, dem Alter, in dem in Kanada die Kinder eingeschult werden. MDI ist ein Schülerfragebogen, der benutzt wird, um Berichte auf Schul- und Kommunal-ebene über das individuelle Wohlbefinden und soziale Kontextfaktoren aus der Perspektive von 10- bis 18-jährigen Kindern und Jugendlichen zu erstellen, konzentriert sich also auf die Entwicklung „mittlere Kindheit und Jugendalter“. „Es geht um die Ermittlung der Kontextfaktoren, die zeigen, unter welchen Bedingungen sich Kinder optimal entwickeln können“, erklärte Martin Guhn. Ziel ist es, fundierte Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie es den Kindern in British Columbia geht. Schwerpunkt ist dabei die Beobachtung der frühkindlichen Entwicklung bis zum fünften Lebensjahr. Aber auch für die Datenermittlung in der Folgezeit bleibt die Frage aktuell: Wie wirkt sich die frühkindliche Entwicklung auf die Jugend und das Erwachsenenalter aus? Für EDI, berichtete Martin Guhn, laufe die Datenerhebung bereits seit zehn Jahren und erfasse so gut wie alle Kinder in der Provinz British Columbia.

Wie kommt man zu einem solchen Traumergebnis? Die Frage war schnell geklärt, als Martin Guhn das Ergebnis in Relation zu den geographischen Größenverhältnissen von British Columbia und Nordrhein-Westfalen setzte: British Columbia ist flächenmäßig ungefähr so groß wie Deutschland und Frankreich zusammengenommen. Mit rund 4,4 Millionen Einwohnern erreicht diese Provinz aber allenfalls Metropolengröße, wobei der Ballungsraum um Vancouver allein schon rund drei Millionen Einwohner zählt.

Inhaltlich sind die kanadischen Kindertagesstätten (Kitas) den Kindergärten in Deutschland ähnlich und damit vergleichbar. Das Kindergartenpersonal weist hier wie dort einen Frauenanteil von gut 90 Prozent aus. Der gravierende Unterschied liegt in der Organisation: In Kanada sind die Kitas bereits Teil der Schule. Die Datenerhebung gestaltet sich deshalb wesentlich einfacher. Es gibt keine

differenzierte Trägerschaft, wie sie in Deutschland üblich ist. Zudem erhält jedes Kind in Kanada eine ID-Nummer, anhand derer sich der weitere Lebenslauf statistisch verfolgen lässt.

EDI („Early Years Development Instrument“) ist das Instrument, das in Kitas zum Einsatz kommt. Die Erzieherinnen müssen nach einer circa halbjährigen Kennenlernzeit rund 100 Fragen zum Entwicklungsstand des Kindes beantworten, geordnet nach den Bereichen:

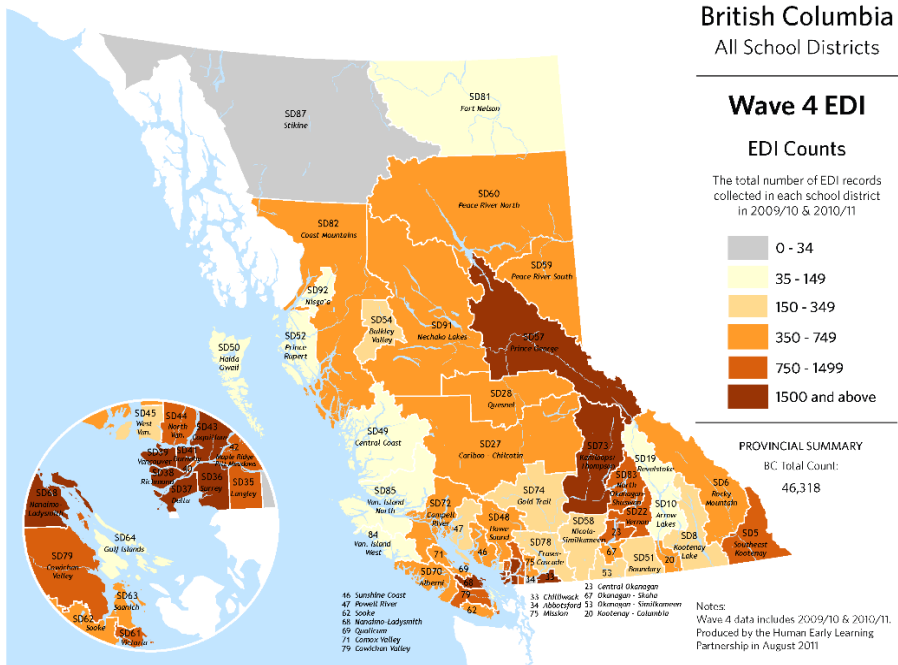
- Körperliche Gesundheit und Wohlbefinden
- Soziale Kompetenz
- Emotionale Reife
- Kognitive Entwicklung
- Kommunikation

Die Fragen sind nicht im Sinne eines Tests zu verstehen, ganz im Gegenteil: Weil die Erzieherin das Kind nunmehr seit sechs Monaten betreut, gibt sie mit ihren Antworten eine erste Einschätzung zum Entwicklungsstand des Kindes ab. Der Fragenbogen wird EDV-gestützt verarbeitet. So konnten in den Jahren zwischen 2009 und 2011 Daten von etwa 45.000 Kindern erhoben werden. Das entspricht einer Quote von rund 80 Prozent. Um die ermittelten Werte für Verwaltungsexperten und Bürger gleichermaßen verständlich darzustellen, werden die Befunde auch graphisch in Form von Stadtteilkarten dargestellt.

2.1 Information und Aktivierung der lokalen Öffentlichkeit

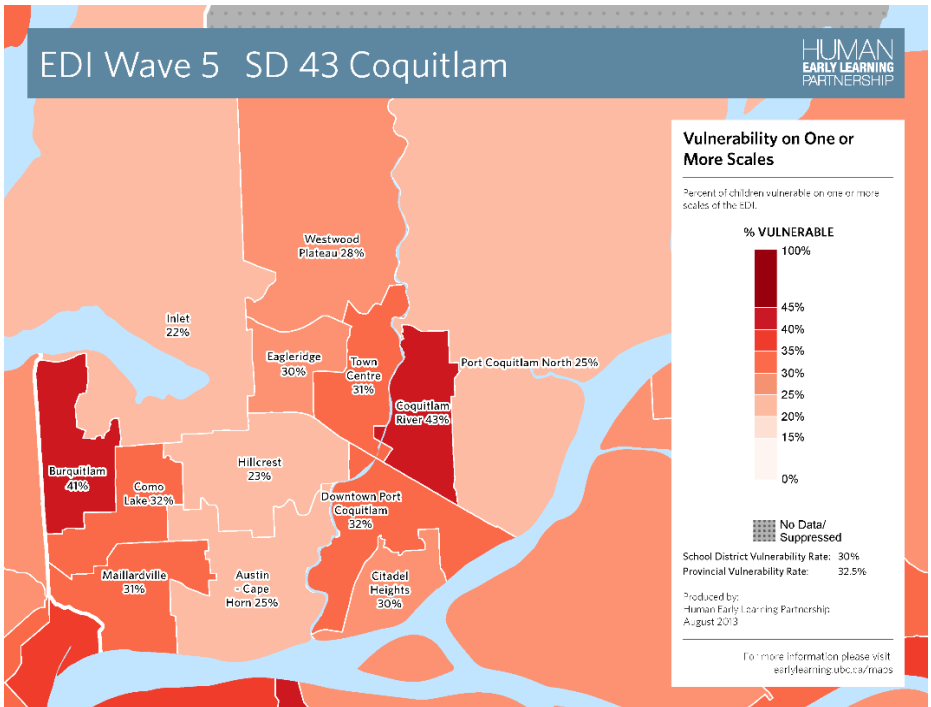
Die Teilnehmer des Workshops in Mülheim an der Ruhr waren von der Qualität der graphischen Aufarbeitung statistischer Werte beeindruckt. Martin Guhn stellte die Visualisierung anhand verschiedener Beispiele vor.

Abbildung 1: Graphische Darstellung der Anzahl der eingereichten EDI-Fragebögen in British Columbia



In der Abbildung 1 ist anhand der Farbgebung auf den ersten Blick erkennbar, wie viele EDI-Fragenbögen in welchem der insgesamt 59 Schulbezirken in British Columbia eingereicht worden sind und wo gegebenenfalls nachgearbeitet werden sollte: In Prince George beispielsweise wurden mehr als 1.500 Fragebögen eingereicht (dunkelbraun), im benachbarten Quesnel hingegen lediglich zwischen 350 und 749 (gelbbraun). Ein weiteres Beispiel zeigt Abbildung 2: Bei genauerer Betrachtung der Schulbezirke (z. B. Schulbezirk 43 – Coquitlam) und der Entwicklungsbereiche (z. B. Kommunikationsfähigkeit) lässt sich auf der Skala von 0 bis 100 und anhand des Farbverlaufs (hellrosa bis braunrot) unmittelbar erkennen, welche Quartiere gute Ergebnisse verzeichnen und für welche Entwicklungsbereiche in welchen Stadtteilen akuter Nachholbedarf besteht.

Abbildung 2: Kartographische Darstellung des unterschiedlichen Entwicklungsstandes von Kindern nach Stadtteilen in Coquitlam



Und nicht nur das. Die Karten liefern gleich neue Fragestellungen mit. Denn Gutes und Schlechtes liegen nicht weit voneinander entfernt, sondern vielmehr direkt nebeneinander. Wo könnten die Ursachen dafür liegen? Schon allein mit dieser Frage lasse sich die öffentliche Diskussion starten: „Für jeden Entwicklungsbereich kann man die Ergebnisse abbilden, wie es um die Bedürfnisse des jeweiligen Stadtteils steht“, kommentierte Guhn den Vorteil der graphischen Darstellung als eine hervorragende Form der Information und Aktivierung der lokalen Öffentlichkeit.

2.2 MDI fragt nach: „Wie geht es den Kindern?“

Wie geht es nach dem Kindergarten weiter? Die Wissenschaftler des Projektes HELP sind mit MDI („Middle Years Development Instrument“) konsequent den nächsten Schritt gegangen. „Es gab sie schon vorher und es gibt sie immer noch,

die Schulleistungstests, die Auskunft über den Wissensstand von Schülern geben. Zu allen anderen Lebensbereichen wusste man hingegen nichts Genaues zu sagen“, beschrieb Martin Guhn die Ausgangslage vor Einführung des MDI. Mit seiner Einführung habe sich dieser Status verändert.

Das Instrument MDI ist ein Fragenbogen für Kinder und Jugendliche, den sie selbstständig unter Anleitung ihrer Lehrkräfte im Klassenverband ausfüllen können. In der vierten Klasse benötigen die Schüler noch rund zwei Schulstunden dafür, in den höheren Klassen geht es aufgrund des besseren Leseverständnisses leichter voran. Ab der siebten Klasse wird das Verfahren online durchgeführt und dauert knapp 20 Minuten.

Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen die Entwicklungsbereiche und das Wohlbefinden der jungen Menschen. Allgemein gefragt: „Wie geht es den Kindern?“ In Übereinstimmung mit aktuellen internationalen Forschungskriterien wird gefragt,



ob und unter welchen Umständen sich Kinder „glücklich fühlen“, wie „gesund“ sie sich fühlen, wie es um ihr Selbstvertrauen, ihre Ängste, ihren Optimismus steht und von welchen Bedingungen und Ressourcen („assets“) ihr Wohlbefinden abhängt. Besonders wichtig für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind verlässliche und intensive Beziehungen zu Erwachsenen, aber auch zu Gleichaltrigen (Peer-Group). Hier entstehen Freundschaften, in denen wichtige, vertrauliche Dinge besprochen werden. An dritter Stelle stehen

Ernährung und ausreichender Schlaf. Erst danach folgen positive Schulerfahrungen. Hier ist insbesondere das Schulklima – Stichwort Mobbing – für das Wohlbefinden der Kinder wichtig. An letzter Stelle stehen Aktivitäten außerhalb und nach der Schule, zum Beispiel Freizeitaktivitäten wie Sport und Musik oder Medienkonsum in Form von Computer und TV. „Alle diese Fragen sind wichtig, um etwas über das Wohlbefinden und die Ressourcen unserer Kinder in unseren Stadtteilen zu erfahren“, erklärte Martin Guhn: „Denn nur so können Schulen und Kommunen wirklich erfahren, wo welche Art von Unterstützungsbedarf besteht, um gezielt Angebote zu schaffen.“

Um eben dies zu erfahren und auch vormals „blinde Flecken“ auszulöschen, ist ein Katalog mit rund 70 Fragen erarbeitet worden. Denn während durch den EDI mittlerweile Erkenntnisse über Kinder im Vorschulalter in der gesamten Provinz British Columbia vorliegen, war mit MDI zunächst in Vancouver (500.000 Einwohner) gestartet worden. In jedem Jahrgang konnten 2.000 bis 3.000 Schüler erfasst werden. So ist das Projekt 2012/2013 mit der Hinzunahme weiterer Schulbezirke exponentiell gewachsen. Auf diese Weise sind in den vergangenen fünf Jahren rund 25.000 Jugendliche (4. bis 7. Klasse) in die Statistik eingegangen. Ziel sei es, so Martin Guhn, in den nächsten Jahren auch die Altersgruppe „mittlere Kindheit und Jugendalter“ in der gesamten Provinz zu erfassen.

„Wir als Forscher arbeiten eng mit Schulen und Ministerien zusammen“, sagte Martin Guhn. Dafür müssten die erforderlichen Daten zügig aufgearbeitet und an die Ministerien weitergeleitet werden. Hat die Datenerhebung beispielsweise im Februar stattgefunden, kommt die Ausarbeitung im späten Frühjahr wieder zurück, sodass die neuen Daten schon in die Planung des beginnenden Schuljahres eingearbeitet werden können. Die MDI-Daten werden analog zum EDI sowohl graphisch als auch auf Stadtteilkarten geographisch dargestellt, sodass die wichtigsten Informationen auf einen Blick erfasst werden können.

2.3 „Keiner kann sich mehr der Verantwortung entziehen“

Diese Form der Datenverarbeitung ist ein nicht zu vernachlässigender Aspekt in puncto Öffentlichkeitsarbeit. Zudem müsse deren Verfügbarkeit für alle Interessierten gewährleistet sein, erklärte Martin Guhn, das heißt, dass die Berichte auf kommunaler Ebene jedermann zugänglich sein müssen (z. B. www.earlylearning.ubc.ca/maps/mdi/nh/ und www.earlylearning.ubc.ca/maps/edi/nh/). Detaillierte Schulberichte jedoch bleiben den Schulen vorbehalten, um zu verhindern, dass Rankings erstellt werden. Zusammenfassende Inhalte sind auf Kommunalebene allerdings öffentlich.

„Das bedeutet auch, dass sich in dem Moment keiner mehr der Verantwortung entziehen kann“, unterstrich Guhn die Wertigkeit und Nachhaltigkeit kleinräumigen Sozial-Monitorings in Richtung Öffentlichkeit und Politik. „Diese Tatsache hat positive Auswirkungen“, berichtete Martin Guhn weiter. Die damit einhergehenden Diskussionen seien in erster Linie konstruktiv gewesen und an der Frage orientiert:

„Wie können wir die Probleme gemeinschaftlich lösen?“. Denn die Stadtteilkarten bringen die Diskussion auf den Punkt. Wenn der allgemeine Wohlfühlindex aussagt: „50 Prozent überdurchschnittlich gut, 28 Prozent niedrig und 22 Prozent mittel bis gut“, werden diese Angaben allein keine genaueren Nachfragen provozieren. Vergleicht man aber diese Angaben verschiedener Stadtteilkarten (Schulbezirke), wird sofort ersichtlich, dass die Bewertungen „überdurchschnittlich gut“ und „niedrig“ unmittelbar aneinandergrenzen. Folgerichtig würde sich die Frage aufdrängen: „Wie kann das sein?“ Und schon wäre der erste Zweck und damit die Hälfte erreicht, so Martin Guhn: „Anstöße zu geben“.

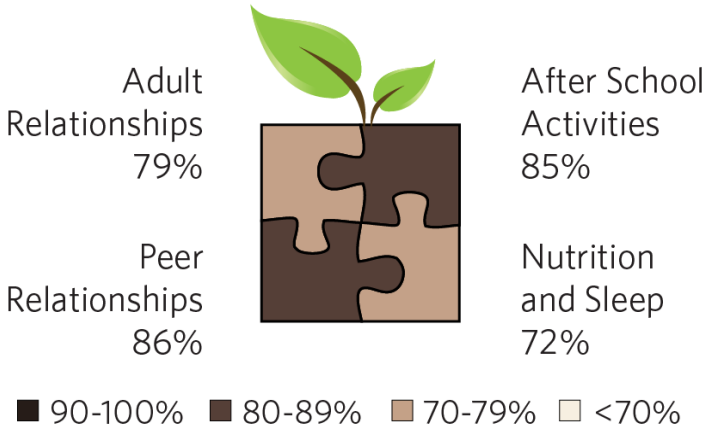
Mit einem kurzen Rückblick verdeutlichte Martin Guhn, worin der Fortschritt bei der Nutzung des Instruments MDI besteht: „Wenn es um Daten ging, dann bisher meistens nur in Zusammenhang mit schulischen Leistungen. Das waren die einzigen Daten, die zur Verfügung standen. Schaut man sich aber die Lebensleistung der Menschen unter dem Aspekt an, wer später erfolgreich ist, erkennt man, dass weitere Faktoren eine wichtige Rolle spielen. Man muss sich eben alle Bestandteile anschauen. Der MDI liefert Daten zu allen Bereichen“, so Martin Guhn zu den Vorteilen des im Rahmen von HELP entwickelten kleinräumigen Monitorings.

2.4 Alternative: Mutterboden oder Wüste?

Das quadratische Bild eines vierteiligen Puzzles macht die Verzahnung der Kontextfaktoren aus der Perspektive von 10- bis 18-jährigen Kindern und Jugendlichen klar. Ideal wäre es, jeweils die 100-Prozent-Marke der vier Kontextfaktoren „enge Beziehungen zu Erwachsenen“, „Peer-Gruppen“, „Ernährung und Schlaf“ und „Freizeitaktivitäten“ zu einem Ganzen in einer Farbgebung (dunkelbraun) zu erreichen (siehe Abbildung 3). In der Realität variieren die Farbschattierungen je nach Umfrageergebnis auf der Skala von graubraun bis dunkelbraun. Die Farbgebung ist, wie Martin Guhn erläuterte, nicht ohne Hintergedanken gewählt: Der Mutterboden (braun), auf dem die sozialen Kontextfaktoren und Ressourcen der Kinder gedeihen, oder die Wüste (grau bis beige), in der sie verkümmern. In der bewährten Darstellungsweise angelegt, ist auch hier sofort für jeden Schulbezirk oder Stadtteil erkennbar, wo beispielsweise die enge Beziehung zu Erwachsenen funktioniert oder wo nicht. Rückschlüsse sind in vielfältiger Weise möglich.

Abbildung 3: Kontextfaktoren der kindlichen Entwicklung

% OF CHILDREN REPORTING EACH ASSET



Martin Guhn griff ein Beispiel heraus, in dem es darum ging, den „Kontextfaktor Ernährung und Schlaf“ bei jungen Menschen durch Schulfrühstücksprogramme zu verbessern. Die Ergebnisse des MDI wurden genutzt, um die Bedarfsgerechtigkeit solcher Programme für einzelne Stadtteile zu ermitteln und um öffentliche Gelder gezielt einzusetzen.

Will eine Kommune nicht allen Schulen im Bezirk öffentliche Mittel für Mahlzeiten nach dem Gießkannenprinzip zur Verfügung stellen, muss sie mittels einer Mikrodatenanalyse ermitteln, in welchen Schulen die Kinder und Jugendlichen täglich Mahlzeiten einnehmen und wo sie ohne Frühstück zum Unterricht kommen. Aus der Analyse der regionalen Unterschiede lässt sich dann mühelos der entsprechende Handlungsbedarf ableiten. Im beschriebenen Beispiel haben nur solche Bildungseinrichtungen finanzielle Unterstützung für das Schulfrühstück erhalten, die Mangel bzw. Bedarf auswiesen. Entsprechend wurden an den anderen Bildungseinrichtungen andere, für sie passendere Angebote geschaffen.

Des Weiteren ging Martin Guhn auf einen Aspekt ein, der oft Diskussionen auslöst, und zwar die Frage nach dem Selbstwertgefühl der Heranwachsenden: „Welchem

Lehrer/Erwachsenen an deiner Schule bist DU (!) wichtig?“ Auch wenn in der Gesamtschau 72 Prozent die Frage mit „zwei und mehr Personen“ beantworten, acht Prozent mit „einer“ und 20 Prozent mit „niemand“, wiesen laut Martin Guhn die Schulen „sehr große Unterschiede (...) in der Einzelbetrachtung“ aus. Ein weiteres sensibles Thema berührt die Nachfrage, wie häufig „körperliches, psychisches, verbales, soziales oder Cyber-Mobbing“ stattfindet. Die Schulen hätten darauf bestanden, dass solche Werte nicht kartographisch dargestellt werden, erklärte Martin Guhn. Sie befürchteten, die Ergebnisse könnten unmittelbar auf ihre jeweilige Institution zurückfallen. Dafür aber nutzen die betreffenden Schulen die Daten intensiv, um durch den MDI sichtbar werdende Probleme gezielt zu bearbeiten.

2.5 Kindern eine Stimme verleihen

Sinn und Zweck dieser Formen kleinräumigen Monitorings ist nicht zuletzt im UN-Abkommen „Rights of the Child“ zu suchen, das Deutschland neben weiteren 195 Nationen unterzeichnet hat. Martin Guhn wies in diesem Zusammenhang auf ein



Menschenrecht im oft vernachlässigten Sinne hin, nämlich den Kindern auf Gesellschaftsebene eine Stimme zu verleihen: „Was man nicht unterschätzen darf: Die persönliche Erfahrung des Einzelnen wird jetzt durch diese Form der Datenerhebung gestützt. Die systematische Datenerhebung mit MDI kann man nicht so leicht beiseiteschieben wie eine Einzelstimme“.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Werden Daten mehrfach und über längere Zeiträume erhoben, werden Vergleiche möglich. „Für die Ministerien ist das natürlich enorm spannend“, bestätigte Martin Guhn. Er verglich Sozialraum-Monitoring mit der Finanzbörse: Wenn man über zehn Jahre einen Aktienwert beobachtet, kann man deutlich Trends

erkennen und an diesen ablesen, was sich in der Vergangenheit abgespielt hat. In diesem Sinne kann sich auch eine Regierung fragen, was sie in den vergangenen zehn Jahren gemacht hat. So könnte sie ermitteln, welche Themen beispielsweise

im sozialen und gesundheitlichen Bereich vernachlässigt worden sind. „Die Ministerien können generell sehen, ob sich die Investitionen gelohnt haben“, unterstrich Martin Guhn.

Abschließend machte Martin Guhn noch einmal deutlich: HELP konnte mittels der Instrumente EDI und MDI nachweisen, dass Kinder, die über mehr Ressourcen verfügen, im Schnitt die höchsten Testergebnisse in Lernstandserhebungen haben. „Es gibt einen klaren Zusammenhang.“ Das haben auch die Nutzer erkannt: Ministerien, Kommunen, Schulen, Verbände, sie alle nutzen die Daten, sobald sie zur Verfügung stehen – zum Wohle der Kinder.

3 Von Kanada lernen: KECK und KOMPIK – eine Adaption für Deutschland

Kanada ist weit entfernt, dennoch liegen die Welten erfolgreich praktizierten Monitorings nicht so weit auseinander. Anette Stein stellte die von der Bertelsmann Stiftung entwickelten Instrumente KECK und KOMPIK vor.

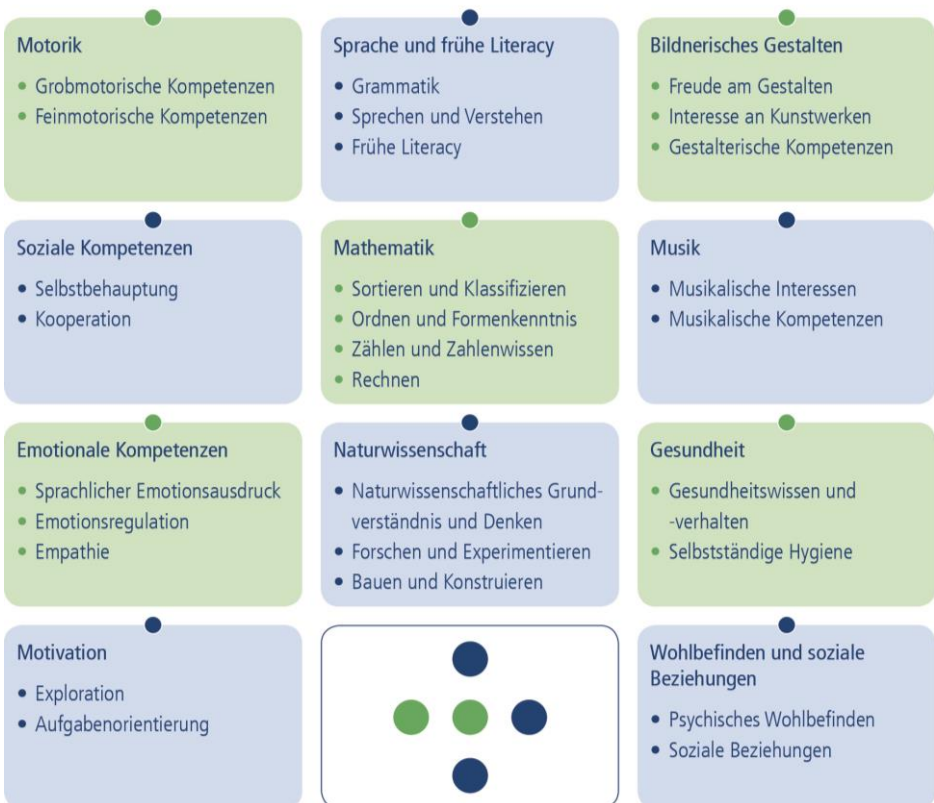


Mit diesen Instrumenten der Bildungs- und Sozialraumbeobachtung ist auch in Deutschland jeder Kommune die Möglichkeit an die Hand gegeben, ein Monitoring zu erstellen, sodass sie das Aufwachsen der Kinder in ihren Wohnquartieren anhand einer nachvollziehbaren und faktenbasierten Grundlage betrachten und daraus Rückschlüsse für weitere Handlungsstrategien ziehen kann.

Die Bertelsmann Stiftung hatte 2008 im Vorfeld zwei Machbarkeitsstudien initiiert, um die Rahmenbedingungen prüfen zu lassen, inwieweit sich Kanada auf deutsche Verhältnisse übertragen lässt. Das Ergebnis: KECK und KOMPIK.

KOMPIK in Deutschland ist vergleichbar mit dem kanadischen EDI. Hier wird ebenfalls den Erzieherinnen in den Kitas ein Beobachtungsbogen zur Verfügung gestellt, über den die Interessen und das persönliche Wohlbefinden des jeweiligen Kindes im Alter zwischen 3,5 und sechs Jahren beobachtet und dokumentiert werden kann. Das Instrument ist vom Münchner Staatsinstitut für Frühpädagogik (IFP) in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung entwickelt und evaluiert worden.

Abbildung 4: Elf Entwicklungs- bzw. Bildungsbereiche von KOMPIK



Nach Maßgabe von mehr als 150 Fragen in elf Entwicklungsbereichen (Motorik, Sprache, bildnerisches Gestalten, soziale und emotionale Kompetenzen, Motivation, Mathematik, Naturwissenschaft, Musik, Gesundheit, Wohlbefinden) und gemäß deutscher Verhältnisse abgestimmt mit den 16 Bildungsplänen für den

Elementarbereich der Bundesländer werden die Interessen, Kompetenzen und das Wohlbefinden jedes einzelnen Kindes erfasst (siehe Abbildung 4).

„Der stärkenorientierte Ansatz ist sehr wichtig“, betonte Anette Stein, „weil er den Fokus auf die Kompetenzen und Interessen der Kinder richtet“. Der Ansatz ist derselbe wie der von Martin Guhn geschilderte und in Kanada praktizierte. Es geht in erster Linie darum, nach den Faktoren zu fragen, die die Begeisterung des Kindes und dessen Wohlbefinden widerspiegeln, und zu erfassen, welche Stärken es während seiner Kita-Zeit auf- und ausbauen kann. Diese Fragestellung hat zudem einen hohen Nutzwert, um mit den Eltern über die Lern- und Entwicklungsverläufe ihrer Kinder ins Gespräch zu kommen. Darüber hinaus nutzen die Kitas KOMPIK zur Qualitätsentwicklung. Als Beispiel dafür nannte Anette Stein die Musik: Wenn Kinder musische Interessen zeigen, aber geringere Kompetenzen, dann kann die Kita genau hier ansetzen und ihr pädagogisches Konzept in diesem Bereich erweitern oder weiterentwickeln. Der dafür erforderliche Beobachtungsbogen wird in der Regel einmal jährlich ausgefüllt.

Abbildung 5: Einsatzmöglichkeiten von KOMPIK auf unterschiedlichen Ebenen

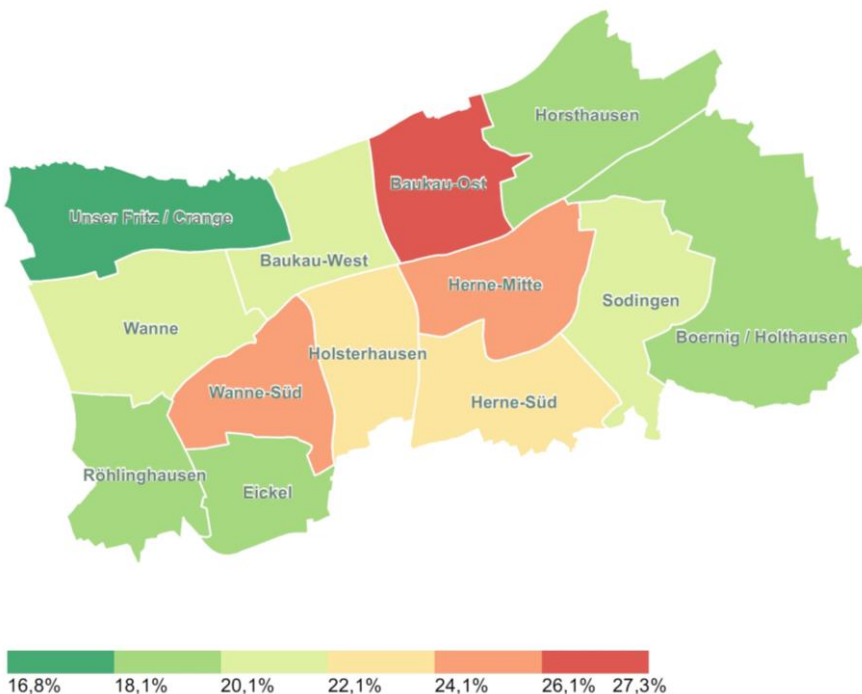


Zusammenfassend betonte Anette Stein, dass KOMPIK auf den Ebenen Kind (individuelle Begleitung), Kita (fortlaufender Qualitätsentwicklungsprozess) und Sozialraum (Steuerung sozialräumlicher Angebote und Maßnahmen innerhalb der Kommune) eingesetzt werden kann (siehe Abbildung 5).

3.1 Herne, Jena, Heilbronn, Rosenheim und Ostwestfalen-Lippe

In Heilbronn und Jena wird KOMPIK unter anderem genutzt, um die Gestaltung des Übergangs von Kita zur Schule zu nutzen. Die nordrhein-westfälische Stadt Herne hat KOMPIK 2013 eingeführt, um „mit einer Sprache“ zwischen den Kitas und den Grundschulen sprechen zu können“ (siehe Abbildung 6).

Abbildung 6: Anteil der Kinder unter 15 Jahren in alleinerziehenden Haushalten an allen unter 15-Jährigen in Herne im Jahr 2012



Die bayerische Stadt Rosenheim nutze KOMPIK, um Kitas noch enger in den Prozess einer sozialraumorientierten Jugendhilfe einzubeziehen. Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Ostwestfalen-Lippe, die schon seit 2000 verbindliche Dokumentationen in ihren Kindergärten eingeführt hatte, startete 2014 in den ersten Kitas mit KOMPIK. Die Entscheidung für KOMPIK fiel hier, weil die Erzieherinnen von der Papierform auf eine computergestützte Variante umsteigen wollten.

KOMPIK bietet beide Varianten. Ziel der AWO ist es, KOMPIK in den kommenden drei Jahren für alle 114 Kitas unter ihrer Trägerschaft einzuführen.

Im Überblick der Bundesländer zeigte Anette Stein auf, dass mehrere Bundesländer die Nutzung von KOMPIK unterstützen. In Bayern zählt KOMPIK neben einem weiteren Beobachtungsinstrument zu den verbindlich vorgeschriebenen Verfahren zur Bildungsdokumentation und Umsetzung des Bildungsplans in Kitas. Auch Sachsen und Baden-Württemberg unterstützen die Verbreitung von KOMPIK. In Nordrhein-Westfalen verweist das Fachministerium bei den Kriterien zur Finanzierung von Familienzentren sowohl auf KOMPIK als auch auf KECK.

3.2 KECK fragt nach: „Wie geht es den Kindern dort, wo sie wohnen?“

Mit KECK hat die Bertelsmann Stiftung ein integriertes Sozialraum-Monitoring entwickelt, das unterschiedliche sozialräumliche Informationen erfasst. Im Vordergrund stehen die Fragen: Wie geht es den Kindern dort, wo sie wohnen? Sind sie gesund? Welche Freizeitangebote stehen ihnen zur Verfügung? Welche institutionellen Bildungsangebote nutzen sie? Anhand Fragen wie diesen kann jede Kommune im KECK-Atlas (ohne KOMPIK) Daten zur sozialen Lage, Bildung und Gesundheit von Kindern einstellen und veranschaulichen. „Deshalb hat die Bertelsmann Stiftung den KECK-Atlas mit den Kommunen weiterentwickelt, um ihn bedarfsfreundlicher zu machen“, berichtete Anette Stein.

Die bedarfsorientierte Weiterentwicklung des KECK-Atlas ermöglicht Flexibilität. Anette Stein erklärte detailliert, wie die Kommunen entscheiden können, auf welcher räumlichen Ebene sie Indikatoren thematisch darstellen wollen. Sie können bis zu 99 Ebenen, wie zum Beispiel Bezirke, Quartiere, Schulsprengel etc., anlegen. Indem sie einzelne Indikatoren auswählen oder jederzeit alle Indikatoren berücksichtigen können, kreieren sie ihr individuelles „Indikatorenset“ für die Berichterstattung. Darüber hinaus bestimmen sie auch darüber, welche der Daten sie neben den Schwerpunktindikatoren der Öffentlichkeit als Informationen zugänglich machen wollen und welche nicht. Neu ist die Möglichkeit, die Darstellung auf der räumlichen Ebene mit Zusatzinformationen zu „spicken“, beispielsweise mit Angaben zu Spielplätzen oder Kinderärzten und deren Öffnungszeiten. Der KECK-Atlas dient Kommunen zudem als Grundlage, sich darüber zu verständigen, in welcher Form trägerübergreifend gearbeitet werden könne.

Abbildung 7: KECK und KOMPIK als Grundlage einer evidenzgestützten Steuerung



KECK und KOMPIK sind im optimalen Fall zwei Teile eines Puzzles, das zusammengenommen die Grundlage einer evidenzgestützten Steuerung bietet (siehe Abbildung 7). Die beiden Instrumente liefern nicht sofort Antworten, sondern erst über den Umweg der Fragestellungen mögliche Ansätze für gemeinsam zu findende Lösungen. Gleichwohl können die beiden Teile eines Puzzles unabhängig voneinander zum Einsatz kommen: „Wir haben die Instrumente so entwickelt, dass beide Komponenten auch alleine genutzt werden können“, stellte Anette Stein heraus.

3.3 „Transparenz ist kein Selbstzweck“

„Unser Ziel war es, KECK und KOMPIK zusammenzubringen, um eine Faktenbasis zu schaffen, um ‚Bauchgefühle‘ überprüfen und entsprechend verändern zu können“, führte Anette Stein weiter aus. Wie in Kanada gehe es auch in Deutschland darum, die Debatte über die Entwicklung von Kindern zu versachlichen. Denn schließlich drehe es sich in der Diskussion immer auch um Fragen des Geldes und der Gerechtigkeit, brachte Anette Stein ihre Erfahrung auf den Punkt: „Da wird es schnell emotional.“ Die Kombination aus KECK und KOMPIK verknüpft die kindbezogenen Daten aus den Kitas in anonymisierter, aggregierter Form nach Maßgabe des Datenschutzes mit den Sozialraumdaten aus der jeweiligen Kommune. Für die Öffentlichkeit wird nach Freigabe durch die Kommune nur eine Auswahl der Schwerpunktindikatoren sichtbar (www.keck-atlas.de). „Jede Kommune entscheidet: Was brauchen wir intern? Was soll öffentlich dargestellt werden?“, erklärte Anette Stein.

„Für uns ist klar, Transparenz ist kein Selbstzweck. Es geht um faire Entwicklungschancen für alle Kinder und die Verteilung von Ressourcen. Die Mittel sind knapp und sollten deshalb möglichst gut eingesetzt werden“, sagte Anette Stein weiter. Der KECK-Atlas und/oder KOMPIK bieten die Chance, in der öffentlichen Diskussion mit aussagekräftigen Fakten aufwarten zu können. Schwierige Ausgangslagen müssten nicht gleichzeitig eine schwierige Entwicklung bedeuten. „Es gehört Mut dazu, als Kommune dahin zu schauen, wo es Probleme gibt. Ich glaube aber auch, dass sich dieser Mut zur Transparenz auszahlt.“ Ziel sei hier wie auch in British Columbia dasselbe: Eine Faktenbasis zu schaffen, die persönliche Erfahrungen ergänzt oder bestätigt. Dies bietet der Verwaltung als auch der Politik die Chance, ihre Entscheidungen für oder gegen Maßnahmen nachvollziehbar zu machen und über die analysierten Daten zu begründen.

4 Schuleingangsuntersuchung als Quelle für ein kleinräumiges Monitoring?

Ob EDI und MDI oder KECK und KOMPIK, die Instrumente stehen zur Verfügung. Aber wie ist es um das Datenmaterial seitens der Kommunen bestellt? Thomas Groos vom Bochumer Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) berichtete zum Thema und stellte die Datenquelle der Schuleingangsuntersuchungen als ideale Ausgangsbasis und Datenquelle für ein kleinräumiges Monitoring vor:

- Jede Kommune erhebt Daten über die Schuleingangsuntersuchung.
- Die Pflichtuntersuchung wird jährlich durchgeführt.
- Es handelt sich um eine Vollerhebung aller einzuschulenden Kinder im Alter von durchschnittlich sechs Jahren, sodass statistisch über vollständige Kohorten zu 100 Prozent verfügt werden kann.
- Die Untersuchung enthält Individualdaten mit differenzierten Informationen zum Thema Gesundheit, Entwicklung, sozialer Status und Verhalten.
- Raum- und Settingbezüge können hergestellt werden. Damit lassen sich sowohl Quartiere als auch Kitas und Schulen profilieren sowie Zugänge in die Institutionen analysieren (Wo wohnt das Kind? Welche Kita besucht es? Welche Schule wird es besuchen?).

Diese Basis lässt sich erweitern. In Mülheim an der Ruhr wird die Schuleingangsuntersuchung gleichzeitig dazu genutzt, über einen Elternfragebogen weitere Daten zu erheben. „Der Fragebogen wird freiwillig ausgefüllt und erreicht eine Rücklaufquote von 93 Prozent“, berichtete Thomas Groos. Die eigentliche Herausforderung für die Auswertungen besteht in der



Qualität und Vollständigkeit der Daten sowie in der Bereitstellung personeller Ressourcen vonseiten der Kommunen.

Wie die Daten ausgewertet und in der Folge als Steuerungsinstrument eingesetzt werden können, erläuterte der ZEFIR-Experte anhand einiger Beispiele kleinräumiger Betrachtung der Stadtteile von Mülheim an der Ruhr. Der entscheidende Faktor kindlicher Entwicklung ist die soziale Lage. Die Bestimmung der räumlichen und institutionellen sozialen Betrachtung ermöglicht es, konkrete Orte des Bedarfs präventiver Maßnahmen zu identifizieren. „Deshalb stellt sich als Erstes die Frage, ob die Schuleingangsuntersuchung geeignet ist, die sozialräumliche Ungleichheit in einer Stadt abzubilden“, führte Thomas Groos weiter aus und wandte sich den Ergebnissen graphisch aufgearbeiteter Daten aus den Mülheimer Schuleingangsuntersuchungen zu.

Die erste Graphik von Thomas Groos zeigte die Sozialgeldquote der Kinder unter sechs Jahren (Abbildung 8), die zweite den Stand der elterlichen Bildungsjahre, die aus der Schuleingangsuntersuchung ermittelt werden konnten (Abbildung 9). Die Farbübereinstimmung (rot) ist deckungsgleich in den Punkten Sozialgeldquote von 40 bis 57,3 Prozent und durchschnittlicher Bildungsjahre der Eltern zwischen 10,7 und unter 12 Jahren. Das Gegenteil wird im Farbspiel „grün“ ebenso deutlich: Die Sozialgeldquote unter 10 Prozent spiegelt den Bildungsstand von 15 und mehr Bildungsjahren der Eltern wider. Thomas Groos folgerte daraus: „Es gibt einen sehr engen Zusammenhang zwischen Bildungsstand der Eltern und Empfängern von Sozialgeld, sodass die Schuleingangsuntersuchung geeignet ist, die sozialräumlichen Steuerungsbedarfe aufzuzeigen.“

Abbildung 8: Sozialgeldquote unter 6-Jährige in Mülheim an der Ruhr nach statistischen Bezirken

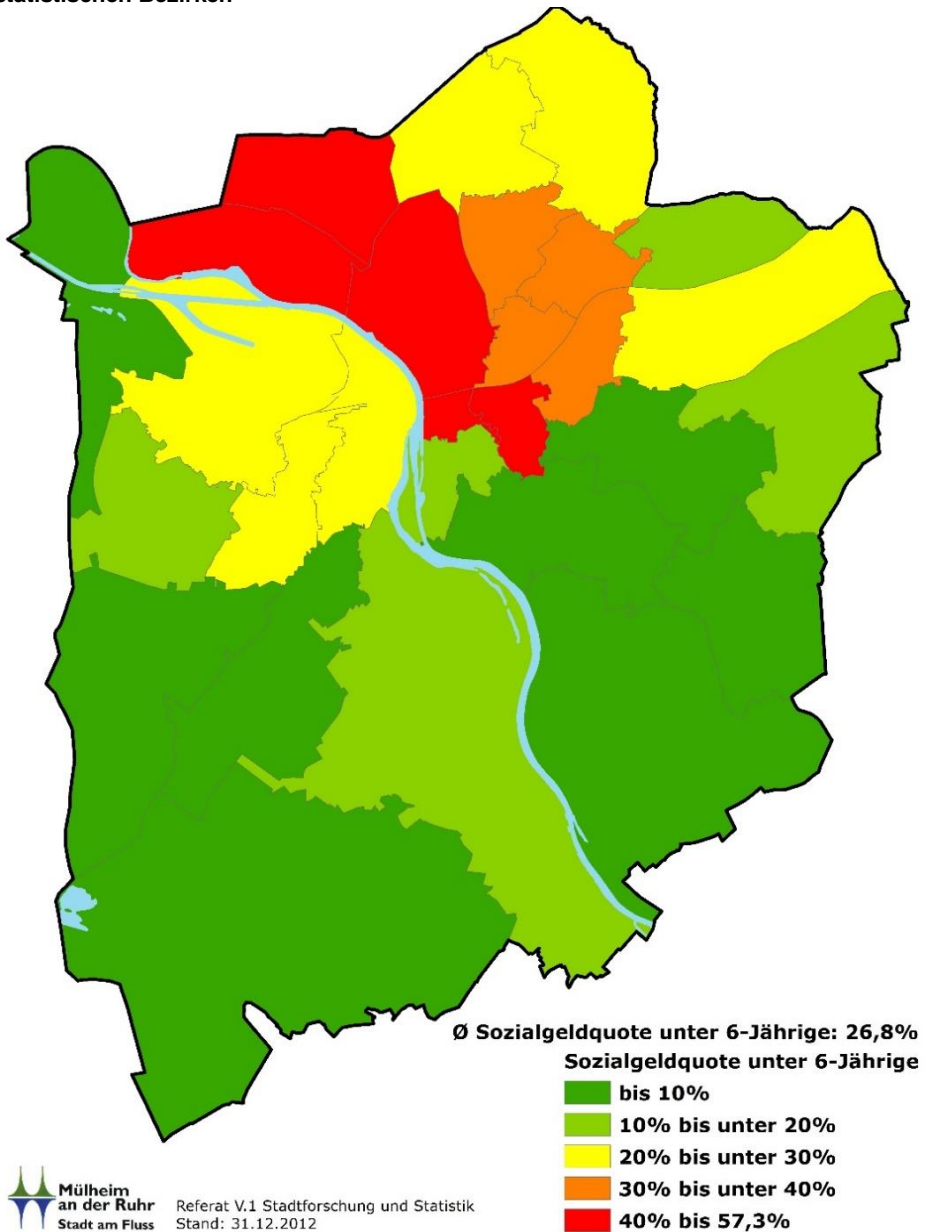
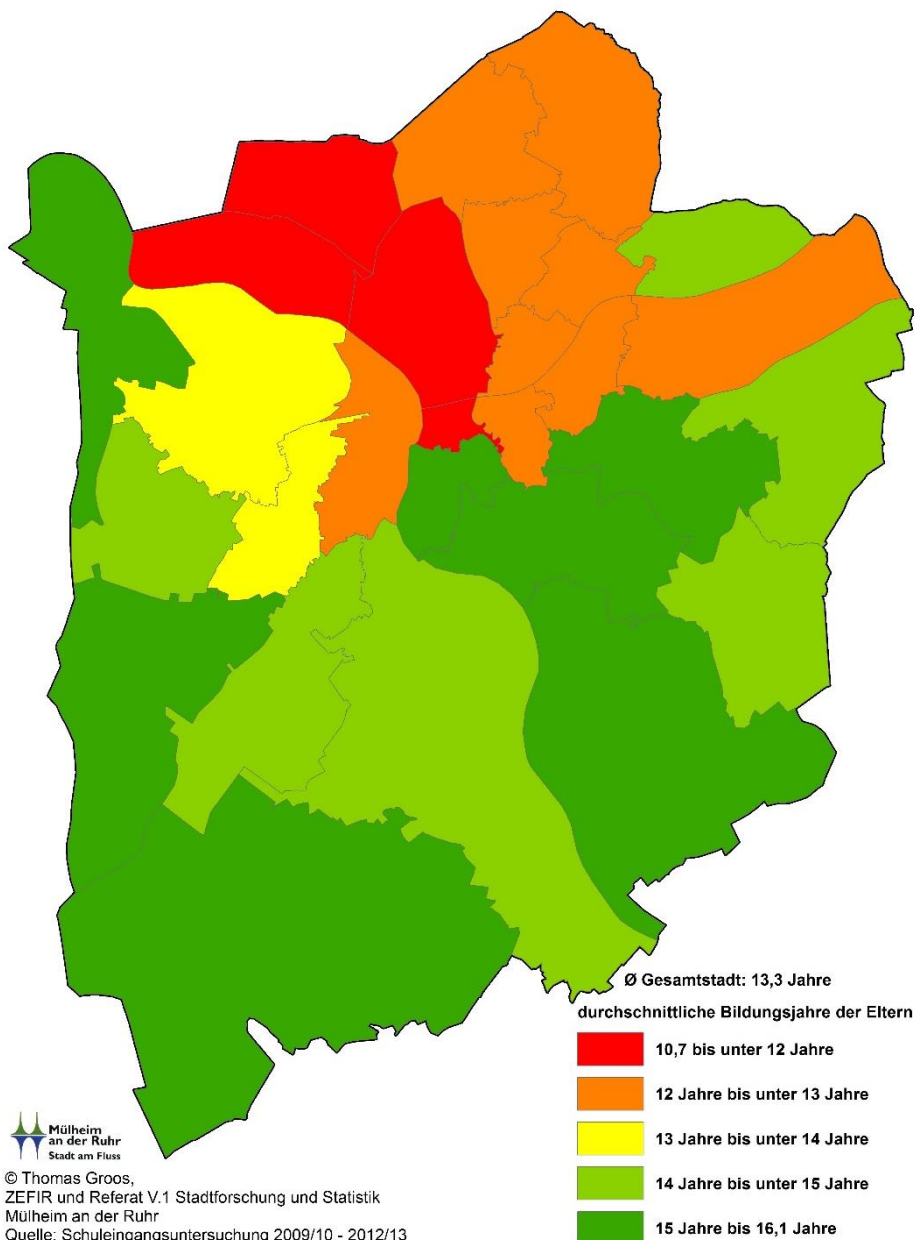


Abbildung 9: Elterliche Bildungsjahre unter 6-Jährige in Mülheim an der Ruhr nach statistischen Bezirken



Thomas Groos ging weiter ins Detail und beschrieb exemplarisch, wie die Daten der Schuleingangsuntersuchungen des Jahres 2009/2010 auf das Thema „Sprachmängel“ (Präpositionen/Pluralbildung) hin analysiert wurden. Gesamtstädtisch konnten für 19,3 Prozent der Kinder Mängel in der deutschen Sprache festgestellt werden. Der tiefere Blick in die Stadtteile zeigte dann die exakten Grenzverläufe: In einigen Vierteln stellten sich die Mängel als besonders gravierend heraus (40 bis 75 Prozent – Darstellung in Rot), anderenorts befanden sich die Verhältnisse im „grünen Bereich“ (0 bis unter 10 Prozent – Darstellung in Grün in Abbildung 10). Vier Schuljahre später, vor Beginn des Schuljahres 2012/13, wurden im Rahmen einer Schuleingangsuntersuchung dieselben Fragen noch einmal gestellt und die gewonnenen Daten ausgewertet. Das Ergebnis: Die Anteile an Kindern mit mangelhafter deutscher Sprachentwicklung hatten zugenommen, die durchschnittliche Quote für die Gesamtstadt war auf 25,5 Prozent gestiegen (Abbildung 11).

Abbildung 10: Kinder 2009/10 mit Mängeln in der deutschen Sprache in Mülheim an der Ruhr nach statistischen Bezirken

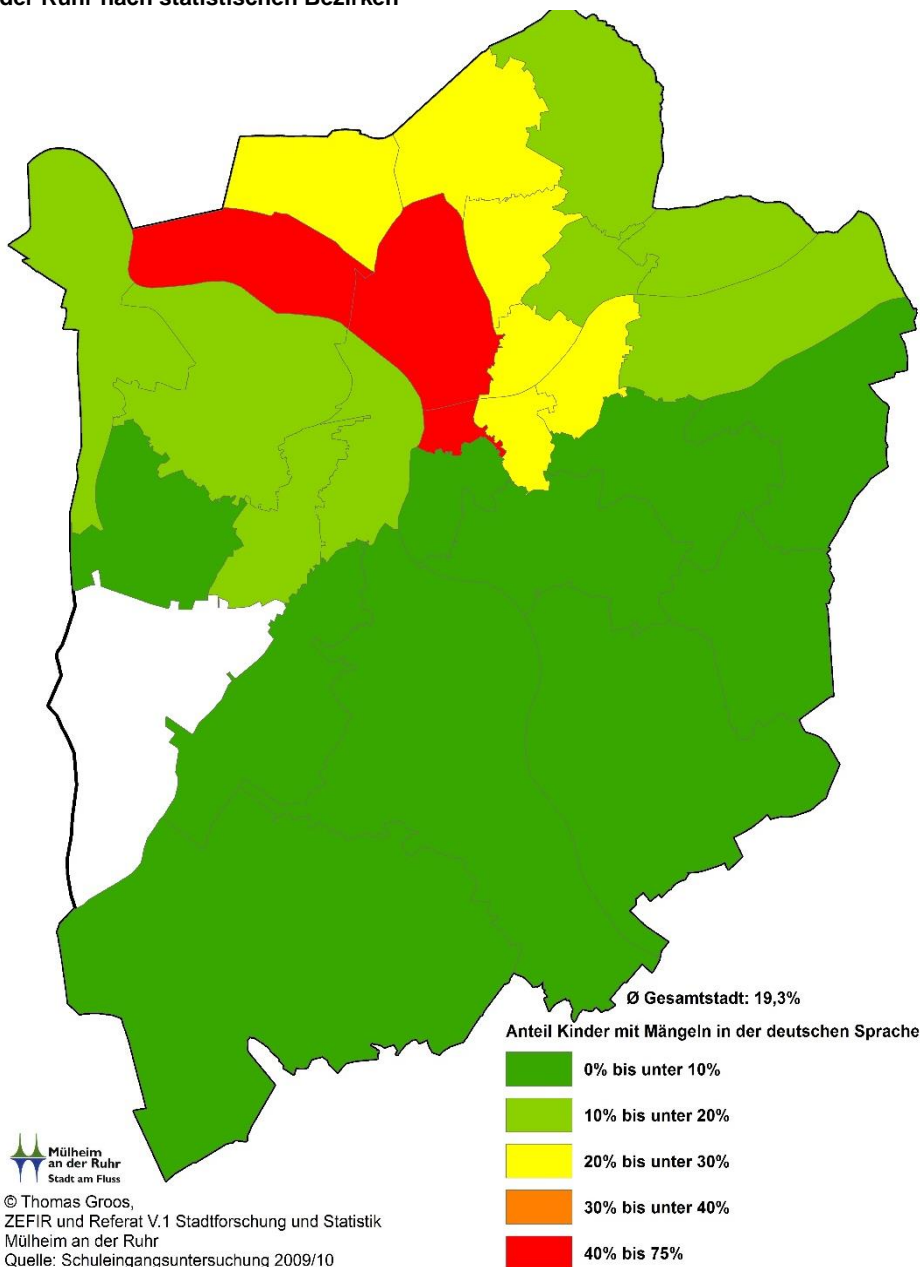
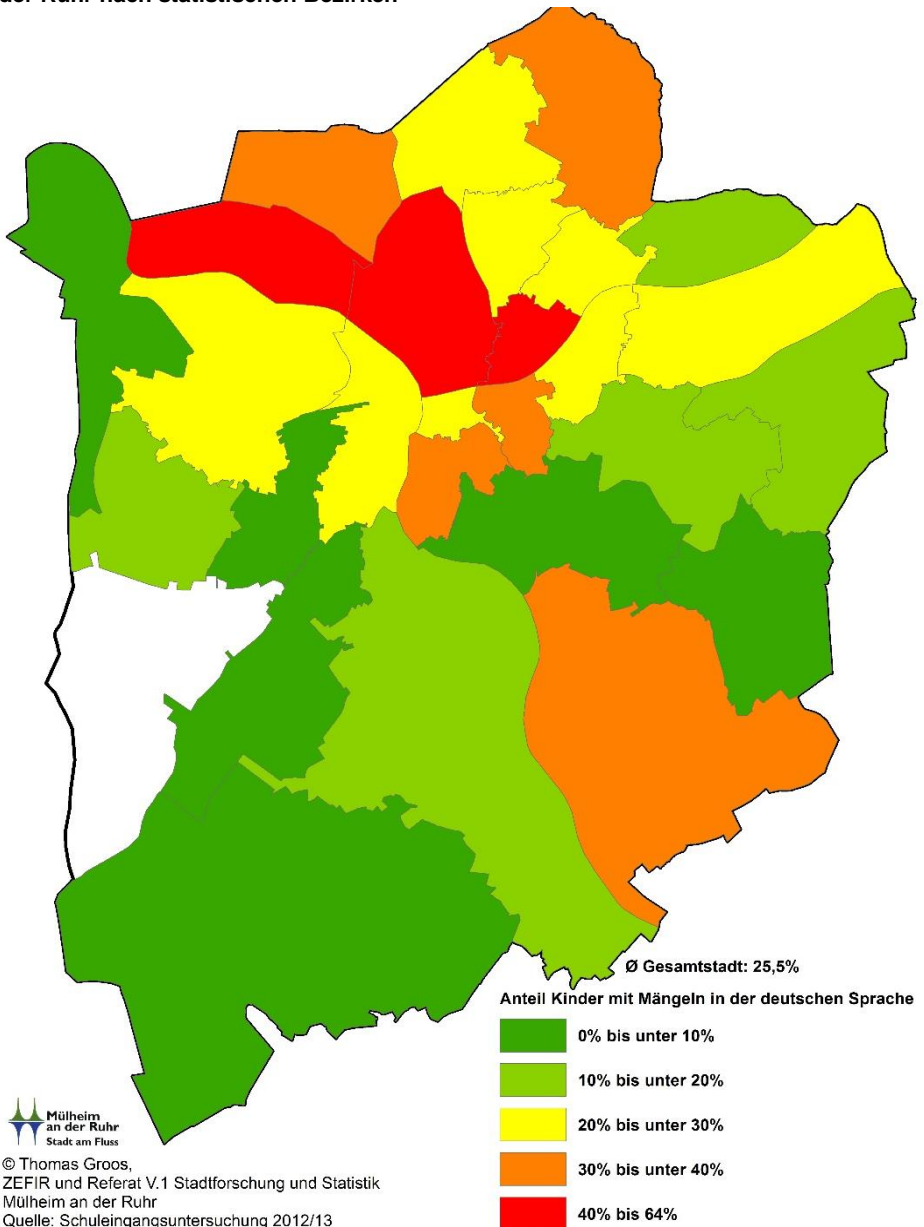


Abbildung 11: Kinder 2012/13 mit Mängeln in der deutschen Sprache in Mülheim an der Ruhr nach statistischen Bezirken



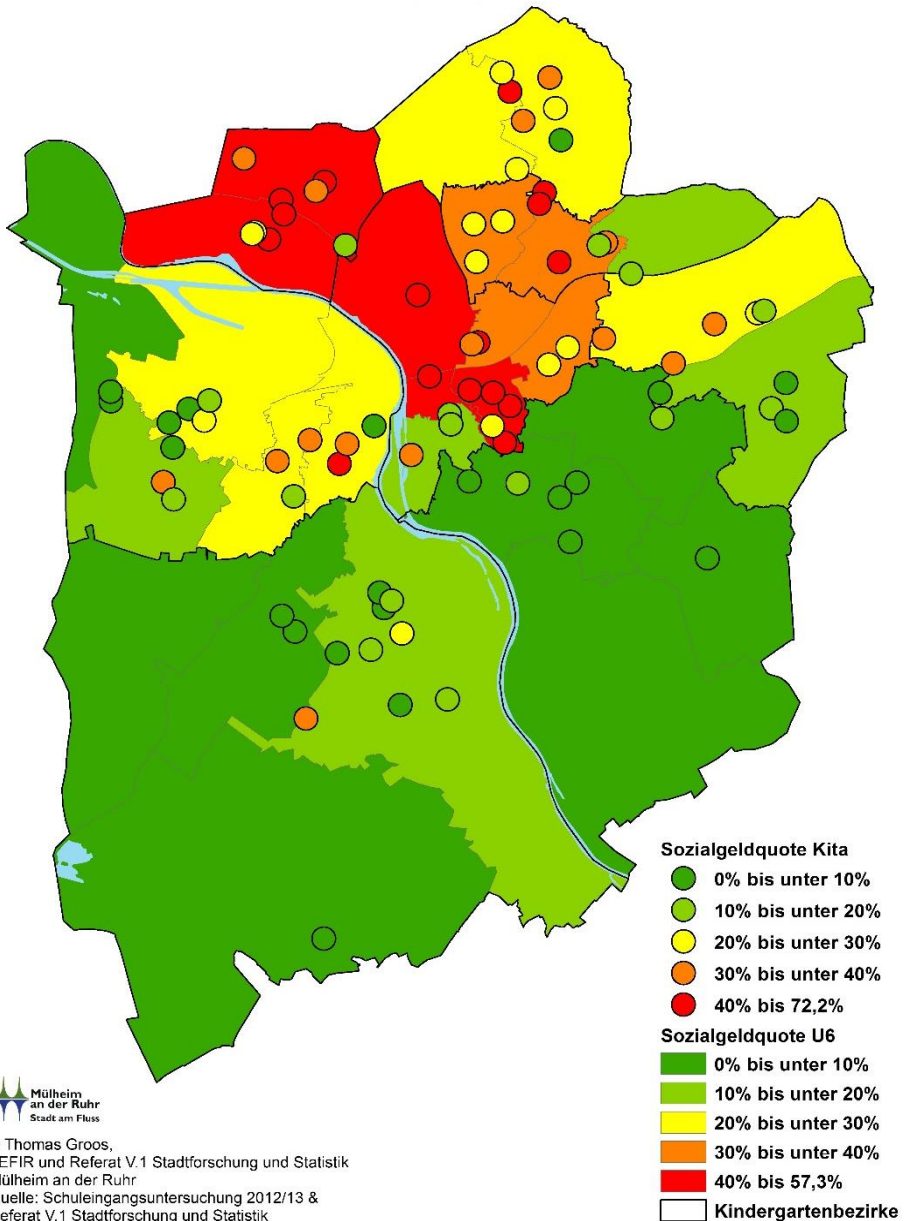
4.1 Über die Problematik „kleiner Fallzahlen“

Die graphische Darstellung offenbarte ein weiteres Detail: Die Mängel hatten sich in den Quartiere zum Teil deutlich verschoben. Um in der Farbgebung zu bleiben: Der Stadtteil, der einst Grün gekennzeichnet werden konnte, war nunmehr ins Orangefarbene übergegangen, der Vorstufe zu Rot. Gleichzeitig wurde transparent, dass der „rote Bezirk“ zum Thema „Mängel in der deutschen Sprache“ ein wenig kleiner geworden war, hier also eine Verlagerung hin zu zuvor „besseren“ Quartieren stattgefunden hatte.

Dieses Beispiel veranschaulicht die Problematik des zeitlichen Vergleichs bei kleinen Fallzahlen. Thomas Groos wies noch einmal ausdrücklich auf die Schwierigkeit hin, dass Quoten und Veränderungen von Quoten extrem anfällig sind, wenn solche Analysen auf Grundlage nur weniger Kinder durchgeführt werden. Aus diesem Grund plädierte er, immer mehrere Kohorten gleichzeitig zu betrachten und möglichst nicht nur einzelne Jahre miteinander zu vergleichen, sondern Vergleiche in Zeitreihen von mindestens zwei Jahren vorzunehmen.

Doch mit Beobachtungen wie diesen gab man sich in der Stadtforschung in Mülheim an der Ruhr nicht zufrieden. Die Statistiker haben des Weiteren beispielsweise auch die Kitas unter die Lupe genommen und nach „Ausreißern“ im Sozialraum gesucht. Thomas Groos verdeutlichte anhand der graphischen Darstellung (siehe Abbildung 12) das Ergebnis: Im roten Feld der höchsten Sozialgeldquote gibt es einen Kindergarten, der im grünen Bereich liegt (Sozialgeldquote 0 bis unter 10 Prozent), die anderen Kitas weichen in der Farbgebung ab ins Gelb und Orange (Sozialgeldquote 20 bis unter 40 Prozent). Nach solchen Ereignissen werde gezielt gesucht, weil die Farbunterschiede zwischen Quartier und Kita die sozial selektiven Zugangswege in die Institutionen verdeutlichten, erläuterte Thomas Groos. Sie müssten deshalb stärker als bislang in den Blick genommen werden. Die Begründung dafür lieferte der Statistikexperte gleich mit: „Wer nicht genau hinschaut, vergibt über das Gießkannenprinzip stets knappe Mittel auch an Institutionen, die weniger Bedarf an zusätzlicher Förderung haben. Die Etablierung eines kleinräumigen und institutionenbezogenen Monitorings bringt aber genau die Tiefenschärfe, punktgenau erkennen zu können, wo etwas verändert, verbessert werden sollte.“

Abbildung 12: Sozialgeldbeziehende Kinder unter 6 Jahren in den Statischen Bezirken und Kitas in Mülheim an der Ruhr



Thomas Groos stellt noch andere Varianten vor, wie Erkenntnisse aus den Schuleingangsuntersuchungen aktiv in die Kommunalpolitik einfließen können. Der Blick auf sportliche Aktivitäten von Kindergartenkindern beispielsweise zeigte, dass Kinder, die eine Kita in kirchlicher oder privater Trägerschaft besuchten, signifikant häufiger Mitglieder in einem Sportverein waren als ihre Altersgenossen, die in einer städtischen Einrichtung betreut wurden. Seit solche Daten vorliegen, schaut man zum Zeitpunkt des Übergangs von der Kita in die Grundschule genauer hin, wie es um das sportliche Engagement der Erstklässler bestellt ist. In Mülheim an der Ruhr kümmern sich in der Folge sogenannte „Sportlotsen“ speziell um Grundschul Kinder, die noch in keinem Verein aktiv sind.

Diese Datenrecherche brachte noch einen weiteren Aspekt zutage: Die Bedeutung der Trägerschaft einer Kita. „Wir haben es in Mülheim an der Ruhr nicht nur mit einer erheblichen sozialen Segregation zu tun, sondern auch mit einer Segregation nach Kita-Trägern“, erklärte Thomas Groos. Dies würde in Zeiten größerer Nachfrage nach Kita-Plätzen mit einer freiwilligen oder unfreiwilligen Auswahl und Diskriminierung von Kindern einhergehen. Ein Tatbestand, der wiederum zulasten der sozial benachteiligten Kinder geht.

4.2 Einzugsgebiete von Kitas und Grundschulen

Die bedarfsgerechte Planung von Kitas und Schulen treibt die kommunalen Jugendhilfe- und Bildungsentwicklungsplaner um. Anhand von Schuleingangsuntersuchungen lässt sich auch auf diesem Feld wichtiges Steuerungswissen generieren, beispielsweise durch die Analyse der Einzugsgebiete von Kitas und Grundschulen.

So konnte in Mülheim an der Ruhr ermittelt werden, dass nur jedes dritte Kind in die nächstgelegene Kita geht. Die nächste Beobachtung richtete sich auf die Grundschule mit der Fragestellung: Gehen die Kinder noch in die nächstgelegene und ursprünglich zuständige Grundschule oder nehmen die Eltern weitere Wege in Kauf? Anders gefragt: Gilt auch noch im Grundschulalter der Kinder das Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ oder verstärkt die freie Kita- und Grundschulwahl die sozialen und ethnischen Segregationstendenzen? Für Mülheim an der Ruhr ist die Antwort von Thomas Groos eindeutig: „Mit Daten der Schuleingangsuntersuchung lässt sich zeigen, dass die freie Grundschulwahl zu zusätzlicher sozialer und

ethnischer Segregation an den Grundschulen führt und die soziale und ethnische Entmischung vorantreibt.“

4.3 Eine Profilierung zur Steuerung finanzieller Ressourcen

Mülheim an der Ruhr hat sich mit Unterstützung von Wissenschaftlern des ZEFIR auf den Weg gemacht, die städtischen Institutionen mehrdimensional zu profilieren. Ziel ist die Erarbeitung einer profunden Grundlage für eine gezielte Mittelsteuerung. Mithilfe sogenannter sozialer Grundschulprofile, die auf der Basis von Daten der Schuleingangsuntersuchung berechnet wurden, konnten exakt die Grundschulen ermittelt werden, die in sozialer Hinsicht deutlich benachteiligt sind. Thomas Groos nannte als Beispiel die Schulsozialarbeiterstellen, die aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes zu vergeben sind. Danach erhalten elf von 24 Grundschulen zusätzliche Mittel für die Schulsozialarbeit. Je nach Grad der sozialen Benachteiligung werden diese Mittel unterschiedlich gewichtet: Die elf Schulen erhalten für zwei Jahre zwischen 21.000 und 56.000 Euro, die anderen 13 Grundschulen erhalten keine zusätzlichen Mittel. Die Begründung: An diesen Schulen konnte mit Bezug auf die gesamte Stadt keine soziale Benachteiligung festgestellt werden.

Wie das Beispiel von Mülheim an der Ruhr zeigt, können Stadtforschung und Statistik auch anderenorts vielfältigen Themen, die Sozial- und Bildungspolitiker in den Kommunen umtreiben, zur Transparenz verhelfen. Die „Gretchenfrage“ lautet zwangsweise: Wie steht es um die Basis, also die Daten, deren Qualität und Verfügbarkeit? Hier liegt der wunde Punkt: Die Datenbasis hält keinem Vergleich zu HELP und der kanadischen Provinz British Columbia stand. „Flächendeckend sind bislang keine vergleichbaren Schuleingangsuntersuchungsdaten (SEU) vorhanden“, erklärte Thomas Groos, „und die Datenqualität ist nicht ausreichend für eine landesweite Verwendung“.

„Die Universitäten und die Kommunen müssen enger zusammenarbeiten. Und zwar schon aus dem Grund, weil personelle Ressourcen für Auswertungen selten zur Verfügung stehen“, fasste Thomas Groos seine Erfahrungen aus der täglichen ZEFIR-Arbeit zusammen. Mülheim an der Ruhr kann auch in dieser Frage mit einem Vorteil punkten: Seit 2009 arbeitet die Stadt eng mit der Ruhr-Universität Bochum (RUB) auf dem Gebiet der kommunalen Familienpolitik und Sozialforschung

zusammen. Folgerichtig regte Thomas Groos abschließend an, Kooperationsprojekte zwischen Universität und Kommunen – oder doch wenigstens interkommunale Kooperationen in Sachen personeller Ressourcen zu suchen.

5 „Durchschnitt ist nirgends“

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier nutzte die Argumente von Thomas Groos als Ausgangspunkt für sein Statement, das er unter Verzicht eines längeren Vortrags gleich auf den Punkt brachte: „Monitoring ist der Versuch, Unterschiede sichtbar zu machen, aus denen man etwas lernen kann. Insofern hat Monitoring eine Diagnosefunktion. Es geht darum, Zusammenhänge zu finden. Monitoring ist Aufklärung. Wenn Ungleiches ungleich behandelt werden soll, brauche ich möglichst viel Öffentlichkeit“, stellte er gleich zu Beginn klar.



Bildungsmonitoring bilde Übergänge in Lebensläufen und die sie beeinflussenden Bedingungen für möglichst kleine sozialräumliche Einheiten, wie Gemeinden und Quartiere, ab. „Kleinräumige Daten, die ich benötige, um solche Bildungsverläufe und zudem noch den wichtigen Einfluss der

Familien und Quartiere auf die Entwicklung von Kindern abzubilden, bekomme ich in der Regel nicht aus der amtlichen Statistik“, konstatierte der Bochumer Wissenschaftler. Das Beispiel aus Mülheim an der Ruhr zeige zwar, was im Bereich der frühen Kindheit möglich sei. „Aber“, schränkte Strohmeier ein, „bis das überall Standard wird, können wir nicht warten“. Die späteren Lebensjahre ließen sich mit der amtlichen Statistik weitaus schlechter darstellen. „Schülerindividualdaten, die nur die ‚Leistungen‘ darstellen, sind für NRW derzeit nicht zu bekommen. Was das kleinräumige flächendeckende Bildungsmonitoring angeht, so stehen wir bis jetzt mit leeren Händen da“, erklärte Peter Strohmeier vor dem Hintergrund seiner langjährigen Erfahrung als Wissenschaftler an der Ruhr-Universität Bochum

(ZEFIR) im Umgang mit Daten und Zahlen aus den Amtsstuben. Im kleinräumigen Vergleich zeige sich, „Durchschnitt ist nirgends, sodass die Gemeindeebene viel zu grob ist“, vertrat der Wissenschaftler mit Vehemenz seine These.

Nur wenige kleinräumige Indikatoren würden von den Kommunen geliefert. Die kreisangehörigen Kommunen seien da noch schlechter aufgestellt als die kreisfreien Städte. Einige kleinere Kommunen verfügten nicht einmal über kleinräumige Gliederungen, entsprechend aufbereitete Daten seien die Ausnahme. „Da, wo es kleinräumige Daten für die Kommunen gibt, sind sie oft nicht vergleichbar“, stellte Strohmeier weiter fest. Er bezog sich auf die Erfahrungen aus dem Sozialraum-Monitoring und den verwendeten Kontextindikatoren der Programmgebiete der „Sozialen Stadt“ in Nordrhein-Westfalen. Hier hätten sich diese Probleme exemplarisch gezeigt.

Mit Bezug auf das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KeKiz) in Nordrhein-Westfalen lobte Peter Strohmeier das kanadische Verfahren MDI, das „tiefenscharfe Informationen“ liefert und einen Weg zeigt, wie man relativ schnell zu analytisch und für die politische Steuerung von Ressourcen in den Kommunen relevanten Indikatoren auf einer kleinräumigen und sogar „schulscharfen“ Berichtsgrundlage kommen kann.

„KECK und KOMPIK, wie vom Team von Anette Stein in der Bertelsmann Stiftung entwickelt, bietet eine ausgezeichnete Plattform für ein solches Monitoring“, unterstrich Peter Strohmeier seine Ausführungen. Was die Inhalte angehe, erklärte er weiter, könnte man für die frühe Kindheit zum Beispiel das Instrument KOMPIK anwenden. KOMPIK sei eine Anpassung des kanadischen EDI an deutsche Verhältnisse. Einen einfacheren Weg stelle die vergleichende Auswertung der Daten von Schuleingangsuntersuchungen dar, wie von Thomas Groos gezeigt worden ist. „Dazu braucht man allerdings die Einwilligung der Kommunen“, stellte Peter Strohmeier heraus. Für die späteren Lebensjahre führe aber kein Weg daran vorbei, die Indikatoren zur Entwicklung von Kindern und den von Martin Guhn dargestellten Kontextfaktoren in der Art des kanadischen MDI selbst zu erheben.

Einen Anfang könnten die Modellkommunen im Rahmen des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen!“ machen. „Lassen Sie uns prüfen, inwieweit die Schuleingangsuntersuchungen in den 18 Kommunen vergleichbar sind“, appellierte Peter Strohmeier, „und lassen Sie uns gemeinsam eine Anpassung des

kanadischen MDI für die Lebenswirklichkeit unserer Kinder und Jugendlichen in NRW versuchen!“ Dafür sei es nötig, in einem ersten Schritt einen abgestimmten Indikatoren-Katalog zu erstellen und in ausgewählten Kommunen zu erproben. „Sonst bekommen wir kein anständiges Monitoring hin, mit dem die Kommunen etwas anfangen können.“

Peter Strohmeier legte, ähnlich wie Martin Guhn, Wert auf die Feststellung, dass die Ermittlung von Kontextindikatoren und Entwicklungsmerkmalen der Kinder und Jugendlichen nicht zu einem „Ranking“ führen sollte. Im Gegenteil, es gehe darum, die Vielfalt zu ordnen, um die Unterschiede und Ähnlichkeiten zu erkennen, um darauf Kooperationen zu gründen.

Die Aufgabenliste für die 18 Modellkommunen definierte Peter Strohmeier daher kurz und bündig in vier Punkten:

- Prüfen, ob KOMPIK flächendeckend eingeführt werden kann!
- Das bereits vorhandene Instrument KECK sofort als Plattform für kleinräumiges Monitoring nutzen!
- Lokale Schuleingangsuntersuchungen unter die Lupe nehmen und einen abgestimmten Indikatoren-Katalog erstellen!
- MDI übersetzen, an unsere Verhältnisse anpassen und praktisch erproben!

„Meine Hoffnung ist“, sagte Peter Strohmeier abschließend, „dass wir so auf mittlere Sicht schneller zum Erfolg kommen, als wenn wir uns auf die amtliche Statistik verlassen. Ich wäre froh, wenn wir bald in Gang kämen.“ Und betonte in diesem Zusammenhang die Zielsetzung des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen!“: eine Vorlage für ein nützliches kleinräumiges Monitoring schaffen, an der sich später alle Kommunen im Land orientieren könnten.

6 Ausblick

Nachgefragt: Überzeugungsarbeit in den Kommunen – Datenflut und Datenschutz – Was nicht gefragt werden durfte



Dr. Kirsten Witte fasste zum Abschluss des Workshops die Wortbeiträge im Wesentlichen zusammen. Hatte sie bereits zu Beginn der Veranstaltung in ihrer Begrüßung anklingen lassen, dass die Datenanalyse der Punkt sei, der bearbeitet werden müsse, stellte sie abschließend klar: „Ich halte fest: Momentan sind Baustellen in den Bereichen der Datenverfügbarkeit festzustellen“. Kirsten Witte nahm dieses Fazit zum Anlass, direkt bei Martin Henricke, Ministerialdirigent in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-

Westfalen, nachzufragen.



Denn auch Volker Kersting, Leiter Stadtforschung der Stadt Mülheim an der Ruhr, hatte die Problematik um die Verfügbarkeit der Schülerindividualdaten angesprochen: „Wir haben keine individuellen Schülerinformationen.“

Ministerialdirigent Martin Henricke äußerte sich zurückhaltend: „Keine Frage, wir brauchen Schülerindividualdaten auf der Ebene der Modellkommunen. Es wäre schön, wenn wir das gemeinsam erreichen“.

Weitere Wortmeldungen aus dem Plenum nahm Kirsten Witte zu den Themen Datenflut und Datenspeicherung, zum Aspekt „Erziehungsstil“ im Rahmen der Datenerhebung, KECK und KOMPIK in der Anwendung sowie zur Überzeugungsarbeit in der Kommune entgegen.



Zum Sinn effektiver Überzeugungsarbeit äußerte sich Martin Guhn und nahm das Beispiel des Mülheimer Beigeordneten Ulrich Ernst auf. Dieser hatte berichtet, dass die Stadt 2007 systematisch damit begonnen habe, den Übergang von der Schule



in den Beruf zu bearbeiten. Mit Erfolg: Die Jugendarbeitslosenquote beträgt in Mülheim an der Ruhr nur noch ein Prozent – im Gegensatz zum Landesdurchschnitt von fünf Prozent. Martin Guhn befand, wie man Menschen überzeugen könne, habe das Beispiel aus Mülheim an der Ruhr bereits vor Augen geführt. Man kenne nun zwar das Endergebnis, wisse aber nicht, wie dieser Wandel zustande gekommen sei. Deshalb sei es wichtig, die Veränderung über einen Zeitraum von fünf bis sieben Jahren aufzuzeigen. „Dann werden die Nachbarkommunen kommen und schauen.“ Dabei käme es vor allen auf Folgendes an: Dokumentieren und

kommunizieren. Zur Erklärung der Zusammenhänge sei eine gute Öffentlichkeitsarbeit unabdingbar, stellt Martin Guhn in aller Deutlichkeit klar.

Überzeugungsarbeit zu leisten, um KECK und/oder KOMPIK einzuführen, dazu



bedürfe es einer Beteiligung von mindestens 60 Prozent der Kitas in einer Kommune, erklärte Anette Stein. „Es dauert zwölf bis 18 Monate, bis Sie dieses Instrument überall eingeführt haben.“ Auch wenn KECK, ebenso wie KOMPIK, den Kommunen als kostenfreies EDV-Instrument zur Verfügung gestellt werde, so sei das Projekt dennoch nicht „umsonst“ zu haben, wies Anette Stein ausdrücklich hin. Denn seitens der Kommunen würden zeitliche wie personelle Ressourcen zur Einführung und Nutzung benötigt. Die Bertelsmann Stiftung verfüge über Ansprechpartner, die zu solchen

Fragen mit Rat und Tat zur Seite stünden.

Bezugnehmend auf die Nützlichkeit eines kleinräumigen Monitorings fügte Peter Strohmeier ergänzend hinzu, dass das Zentrum für interdisziplinäre Regional-



forschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität Bochum mit Darstellungen kleinräumiger Disparitäten im „Dortmunder-Regional-Atlas“ (DORA) der Stadt die Begründung für die Ausweisung von 13 definierten Aktionsräumen mit besonderem Förderbedarf geliefert habe.

Seine Antwort auf die Frage nach dem Datenschutz fiel eindeutig aus: „Datenschutz muss man sehr ernst nehmen, aber er wird häufig als Blockadeargument missbraucht.“

Die Kooperation mit der Stadt Mülheim an der Ruhr und den Kommunen im KeKiz-Mikrodatenmodul zeige, dass es die Möglichkeit gibt, gehaltvolle, „tiefenscharfe“ Informationen auch für kleine Raumeinheiten und selbst für einzelne Schulen oder Kitas unter voller Wahrung des Schutzes personenbezogener Daten zu generieren. Peter Strohmeier sah auch kein Problem in Befragungen zu den Themen Familie und Privates, solange sich die Auswertungen auf Gruppen und nicht auf Individuen beziehen würden, und stellte ermutigend fest: „Wir sollten es ausprobieren.“ Er betonte, dass ein nutzbringendes Monitoring die Einbeziehung der Öffentlichkeit

voraussetzt, wie es in anderen Ländern üblich ist. Hier habe sich die Entwicklung in Deutschland deutlich verbessert. Das von der Bertelsmann Stiftung initiierte Open-Data-Portal „wegweiser-kommune.de“ zeige, dass die dort veröffentlichten, „sensiblen“ Daten für die dokumentierten zahlreichen kleinen Gemeinden (über 5.000 Einwohner) heute niemanden mehr aufregen.



Martin Guhn unterstützte Peter Strohmeiers Argumentation. Auch er sah keine Gefahr im Sinne des vom Plenum aufgegriffenen Bildes eines „gläsernen Bürgers“ oder Kindes. Es gelte präventiv zu handeln. Es mache nur Sinn, die Daten zu erheben, „mit denen ich Synergien schaffe“. Im Einzelfall müsse die Kommune schauen, an welcher Stelle sie Daten umstrukturiere und so in der Masse verringere. In Kanada finde die Datenspeicherung explizit an zentraler Stelle, in einem vor zehn Jahren gegründeten Institut mit abgeschotteter Statistikstelle statt.

Dafür habe es in Kanada zunächst viel Überzeugungsarbeit gebraucht, berichtete Martin Guhn. Doch die gemeinsame Vision, die Lebenschancen von Kindern zu verbessern, habe letztlich die heterogenen Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft geeint und schließlich zum Gelingen des Projektes HELP geführt.

Viele Fragen und noch mehr Antworten. Dennoch blieben auch Fragen unbeantwortet. „Welche Fragen hätten Sie im MDI gerne noch gestellt?“, wurde



Martin Guhn gefragt. „Ich hätte gerne mehr zum Lehrstil der Pädagoginnen und Pädagogen erfahren“, antwortete er, „aber das war der Lehrgewerkschaft zu riskant.“ Ursprünglich seien auch Fragen zum Erziehungsstil in den Familien aufgenommen worden, aber dann als zu „intim“ kritisiert und nach Absprache mit allen Interessengruppen aus dem Fragenkatalog entfernt worden. Martin Guhn bedauerte dies sehr, handelte es sich dabei doch um Fragen zu wesentlichen Risiko- bzw. Schutzfaktoren in der kindlichen Entwicklung, die – wo nötig – durch passgenaue präventive Angebote gestärkt werden können.



Volker Kersting (Stadt Mülheim an der Ruhr) im Gespräch mit Anja Hartmann (MedEcon Ruhr)



Elmas Yilmaz (FORA), Gerhard Micosatt (FORA) und Thomas Groos (ZEFIR) im Gespräch



Hildegard Kaluza (MFKJKS)



Martin Hennicke (Staatskanzlei NRW) und Christoph Gilles (LVR)



Anette Stein (Bertelsmann Stiftung) und Marco Becker (MFKJKS)



Martin Guhn (University of British Columbia), Thomas Groos (ZEFIR) und Nora Jehles (ZEFIR)



Martin Hennis (Staatskanzlei NRW), Kirsten Witte (Bertelsmann Stiftung) und Peter Strohmeier (ZEFIR)



Martin Guhn (University of British Columbia), Ulrich Ernst (Stadt Mülheim an der Ruhr) und Peter Strohmeier (ZEFIR)



Hildegard Kaluza (MFKJKS) und Marc von Krosigk (Auridis)



Peter Strohmeier (ZEFIR) und Martin Henicke (Staatskanzlei NRW)



Anette Stein (Bertelsmann Stiftung) und Ulrich Ernst (Stadt Mülheim an der Ruhr)



Ulrich Ernst (Stadt Mülheim an der Ruhr), Peter Strohmeier (ZEFIR) und Kirsten Witte (Bertelsmann Stiftung)

Fachbericht „Kein Kind zurücklassen!“ 2013



2011 haben die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ initiiert. Mittlerweile nehmen 18 Städte und Landkreise mit unterschiedlichen Handlungsschwerpunkten an dem Projekt teil. Ziel ist es, die präventiven Angebote und Leistungen besser aufeinander abzustimmen, sowohl auf Landesebene als auch in den Kommunen. Alle Kinder, Jugendlichen und Familien sollen frühzeitig und passgenau Unterstützung erfahren. Der 1. Fachbericht zur operativen Umsetzung des Modellvorhabens stellt die Modellkommunen mit ihren Schwerpunkten in der Präventionsarbeit vor und zeigt auf, was bisher erreicht wurde.

Fachmagazin „Kein Kind zurücklassen!“ 2014



Das Fachmagazin 2014 stellt die zentralen Aktivitäten der Partner in den unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten vor. Einblicke in das Lernnetzwerk der Kommunen und die wissenschaftliche Begleitforschung des Modellvorhabens werden ergänzt durch Beispiele guter Praxis entlang der kommunalen Präventionskette aus den beteiligten Städten und Kreisen. In Interviews, Reportagen und Berichten wird veranschaulicht, was „Kein Kind zurücklassen!“ vor Ort leistet und wie Kinder, Jugendliche und Familien konkret Unterstützung erfahren.

Die kleinräumige Betrachtung unterschiedlicher Lebensverhältnisse im Sozialraum und eine darauf aufbauende kommunale Steuerung ist eines der Kernanliegen im Projekt „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“. In Kanada wird im Rahmen des Projektes HELP seit Jahren ein solches kleinräumiges Monitoring erfolgreich praktiziert. Die Übertragbarkeit dieses Modells auf Deutschland war Thema eines Workshops, dessen wesentliche Erkenntnisse in dieser Dokumentation zusammengefasst sind. Mit Beiträgen von Prof. Dr. Martin Guhn (UBC, Kanada), Anette Stein (Bertelsmann Stiftung), Thomas Groos und Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier (ZEFIR Bochum).

Key elements in the initiative “Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor” are the small-scale monitoring of living conditions in different urban areas and the government policies that build on this evidence. The Canadian “Human Early Learning Partnership” (HELP) Project has long practiced and promoted the small scale monitoring of child development. A workshop was held with Professor Dr. Martin Guhn (HELP, UBC) to discuss whether the Canadian model could be transferred to the German system. Other discussants were Anette Stein (Bertelsmann Stiftung), Thomas Groos and Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier (ZEFIR Bochum). The present report summarises the main insights of this workshop.

www.bertelsmann-stiftung.de
www.kein-kind-zuruecklassen.de
www.zefir.ruhr-uni-bochum.de

ISSN-Print 2199-6393
ISSN-Internet 2199-6407